



**WIRTSCHAFTSLAGE  
UND FINANZIERUNG  
IM MITTELSTAND**

**Herbst 2024**

## INHALT

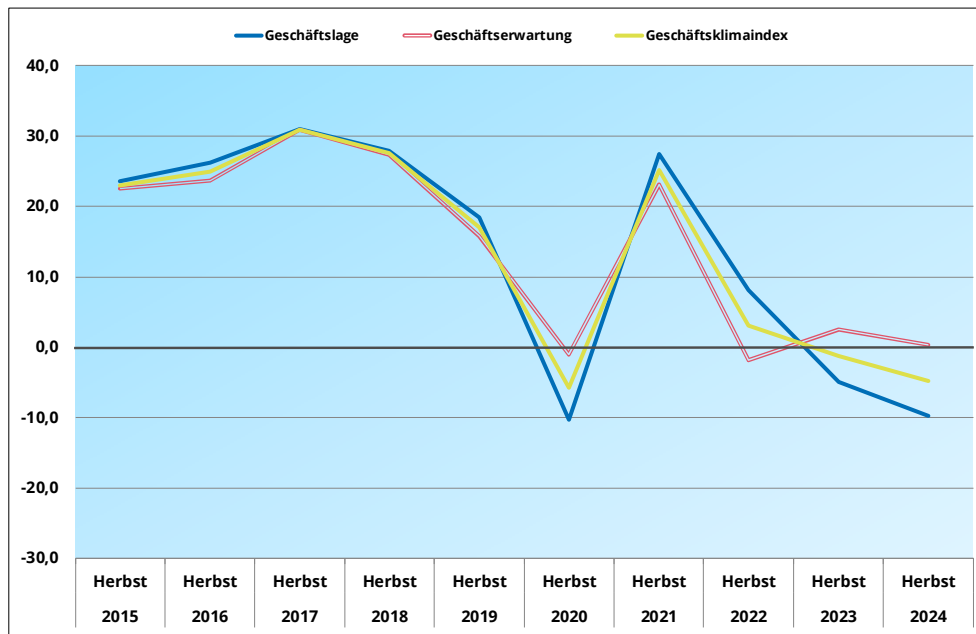
## SEITE

<b>1</b>	<b>Die aktuelle Konjunkturlage des deutschen Mittelstandes</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Das konjunkturelle Umfeld im Einzelnen</b>	<b>3</b>
	2.1 Auftragseingänge	3
	2.2 Umsatzentwicklung	6
	2.3 Angebotspreise	9
	2.4 Personalsituation	11
	2.5 Investitionen	16
<b>3</b>	<b>Die Finanzierungssituation des Mittelstandes</b>	<b>18</b>
	3.1 Ertragslage	18
	3.2 Eigenkapitalsituation des Mittelstandes	20
	3.3 Zahlungsverhalten der Kunden des Mittelstandes	22
<b>4</b>	<b>Sonderthema: Aktuelle Wirtschaftspolitik</b>	<b>23</b>
<b>5</b>	<b>Zusammenfassung</b>	<b>25</b>
<b>6</b>	<b>Basis der Untersuchung</b>	<b>28</b>

## ■ 1 Die aktuelle Konjunkturlage des deutschen Mittelstandes

Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin in einer Konjunkturkrise. Im zweiten Quartal 2024 sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) leicht. Auch für das Gesamtjahr 2024 ist kein wirtschaftliches Wachstum zu erwarten. So hat die KfW ihre Wachstumsprognose kürzlich nach unten korrigiert und rechnet nun mit einer Stagnation. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft prognostiziert sogar eine Rezession. Die wirtschaftliche Situation wird zudem durch eine schwache Investitionsbereitschaft belastet. Auch vom wichtigen Außenhandel gehen derzeit keine positiven Impulse aus. Der private Konsum bleibt trotz sinkender Inflation und steigender Reallöhne weiterhin verhalten.

*Deutsche Wirtschaft verharrt in der Stagnation*



Unter diesen Rahmenbedingungen hat sich auch die Geschäftslage im Mittelstand verschlechtert. Die Umfrage unter rund 1.200 kleinen und mittleren Unternehmen zeigt eine Verschärfung der wirtschaftlichen Situation. Infolgedessen rutschte der Creditreform Geschäftsklimaindex (CGK), ein Indikator für die Wirtschaftslage im Mittelstand, tiefer in den negativen Bereich. Mit minus 4,8 Punkten (Vorjahr: minus 1,2 Punkte) notiert der Konjunkturindikator das zweite Jahr in Folge im negativen Bereich. Das war zuletzt

zwischen 2002 und 2005 der Fall, also vor etwa 20 Jahren.

**Tab. 1: Geschäftslage-, Geschäftserwartungs- und Geschäftsklimaindex**

■	Geschäftslageindex	Geschäftserwartungsindex	Geschäftsklimaindex
2015	23,5	22,5	23,0
2016	26,2	23,7	24,9
2017	30,9	30,9	30,9
2018	27,9	27,3	27,6
2019	18,4	15,8	17,1
2020	- 10,3	- 1,1	- 5,7
2021	27,4	23,0	25,2
2022	8,1	- 1,9	3,1
2023	- 4,9	2,5	- 1,2
2024	- 9,8	0,3	- 4,8

Angaben in Punkten

**Geschäftslage im Mittelstand weiter verschlechtert**

Die anhaltende Krisenstimmung zeigt sich vor allem in den Lagebeurteilungen der Unternehmen. Der Geschäftslageindex verlor weiter an Wert und steht aktuell bei minus 9,8 Punkten. Schon im Vorjahr (minus 4,9 Punkte) war die Stimmungslage im Mittelstand gekippt und mehrheitlich negativ. Das Ausmaß der Krise ist offenbar größer als noch zu Jahresbeginn von Konjunkturexperten und der Bundesregierung erwartet.

**2024 kein Wachstum zu erwarten**

Auch die Geschäftsaussichten im Mittelstand sind äußerst verhalten und haben sich im Vergleich zum Vorjahr weiter eingetrübt. Ein Abrutschen in den negativen Bereich konnte jedoch gerade noch abgewendet werden. Mit lediglich 0,3 Punkten signalisiert der Index der Geschäftserwartungen aber noch keine bevorstehende Konjunkturbelebung. Im Gegenteil: Der spürbare Pessimismus unter den Unternehmen deutet darauf hin, dass die derzeitige Stagnationsphase länger andauern oder sich sogar zu einer Rezession entwickeln könnte.

Der Creditreform Geschäftsklimaindex errechnet sich aus den Antworten der befragten Mittelständler zu den Auftragseingängen, den Umsätzen, der Ertragslage und der Personalsituation. Diese entscheidenden Größen werden im Laufe der Analyse im Einzelnen vorgestellt und fließen hier zu einem Gesamtindex zusammen. Dabei wird für die vier genannten Parameter in je einem Teilindex noch unterschieden zwischen der Bewertung der aktuellen Situation und den Erwartungen. Beide zusammen bilden dann den Creditreform Geschäftsklimaindex.

## ■ 2 Das konjunkturelle Umfeld im Einzelnen

### 2.1 Auftragseingänge

Der Mittelstand verzeichnete in den letzten Monaten häufig rückläufige Auftragseingänge. Lediglich 18,1 Prozent der befragten Unternehmen meldeten einen Anstieg (Vorjahr: 17,9 Prozent), während fast jeder Dritte (32,5 Prozent) von gesunkenen Auftragseingängen berichtete.

*Miese Auftragslage*

**Tab. 2: Auftragseingänge im Mittelstand**

■	gestiegen	18,1 (17,9)
	gleich geblieben	48,7 (49,7)
	gesunken	32,5 (31,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Die Auftragslage im Verarbeitenden Gewerbe hat sich weiter verschlechtert. Nur 13,1 Prozent der befragten Unternehmen verzeichneten steigende Auftragseingänge (Vorjahr: 18,4 Prozent). Gleichzeitig berichteten 43,0 Prozent – fast jeder Zweite – von einem Rückgang, womit sich der negative Trend aus dem Vorjahr verschärfte.

Auch im Handel meldete der größte Anteil der Befragten rückläufige Auftragsbestände. Mit 44,1 Prozent liegt auch hier der Wert leicht über dem des Vorjahres (43,1 Prozent). Nur 11,4 Prozent der Händler konnten ein Auftragsplus verbuchen.

Im Baugewerbe bleibt die Auftragslage unverändert schwierig. Nach dem Nachfrageeinbruch aufgrund hoher Baukosten und gestiegener Zinsen bleibt die Situation angespannt. Bei knapp 30 Prozent der Befragten schwächte sich die Auftragsentwicklung weiter ab, während etwa ein Fünftel (19,3 Prozent) von gestiegenen Auftragseingängen berichtete.

Im Dienstleistungsgewerbe zeigt sich hingegen eine leichte Erholung. 23,8 Prozent der Befragten verzeichneten ein Auftragsplus (Vorjahr: 19,0 Prozent). Der Anteil derjenigen, die gesunkene Auftragsbestände hinnehmen mussten, verringerte sich leicht von 23,3 auf 21,9 Prozent.

**Tab. 3: Auftragseingänge in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	gestiegen	gleich geblieben	gesunken
Verarb. Gewerbe	13,1 (18,4)	43,9 (39,2)	43,0 (42,4)
Baugewerbe	19,3 (19,7)	50,8 (53,2)	29,9 (26,1)
Handel	11,4 (13,4)	43,8 (42,7)	44,1 (43,1)
Dienstleistungen	23,8 (19,0)	53,1 (56,9)	21,9 (23,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Die Konjunkturerholung dürfte auch in den kommenden Monaten auf sich warten lassen. Nur eine Minderheit von 18,7 Prozent der Befragten rechnet mit steigenden Auftragseingängen, während die Mehrheit (60,7 Prozent) von einer stabilen Auftragslage ausgeht. Fast jeder Fünfte (19,6 Prozent) erwartet eine rückläufige Entwicklung. Dieser Anteil liegt zwar unter dem Vorjahreswert (21,5 Prozent), bleibt jedoch höher als der Anteil der Optimisten.

**Tab. 4: Auftragserwartungen im Mittelstand**

■	steigend	18,7 (18,5)
	stabil	60,7 (58,9)
	sinkend	19,6 (21,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

**Auftragserwartungen: Krise noch nicht ausgestanden**

Eine Geschäftsbelebung ist in den kommenden Monaten voraussichtlich nur im Dienstleistungssektor zu erwarten. 27,0 Prozent der Befragten rechnen hier mit steigenden Aufträgen – ein deutlich höherer Wert als im Vorjahr (21,6 Prozent). Weniger als jeder Zehnte erwartet eine Verschlechterung.

Hingegen könnten sich die Entwicklungen im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel als Belastung für die Mittelstandskonjunktur erweisen. Die Auftragserwartungen der Händler bleiben hinter den Vorjahreswerten zurück und die Prognosen in der Branche sind düster. Lediglich 11,7 Prozent der Befragten erwarten steigende Aufträge (Vorjahr: 17,0 Prozent), während der Anteil der Pessimisten, die mit Rückgängen rechnen, auf 28,3 Prozent gestiegen ist. Auch im Verarbeitenden Gewerbe überwiegt der Pessimismus: Gut jeder Vierte (25,8 Prozent) rechnet mit sinkenden Auftragseingängen, während nur jeder Siebte (14,3 Prozent) einen Anstieg erwartet.

Im mittelständischen Baugewerbe gibt es keine wesentlichen Veränderungen. Erneut prognostizieren viele Betriebe (25,1 Prozent) sinkende Aufträge (Vorjahr: 28,1 Prozent). Der Anteil derjenigen, die mit einer Verbesserung der Auftragslage rechnen, ist auf 12,8 Prozent gesunken. Ein positiver Wachstumsbeitrag des Baugewerbes ist somit nicht zu erwarten.

**Tab. 5: Auftragserwartungen in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	steigend	stabil	sinkend
Verarb. Gewerbe	14,3 (18,0)	59,4 (56,4)	25,8 (24,8)
Baugewerbe	12,8 (13,3)	61,0 (58,1)	25,1 (28,1)
Handel	11,7 (17,0)	59,3 (56,1)	28,3 (25,3)
Dienstleistungen	27,0 (21,6)	62,0 (61,7)	9,6 (15,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

**Das zweite Jahr ohne Umsatzplus**

## 2.2 Umsatzentwicklung

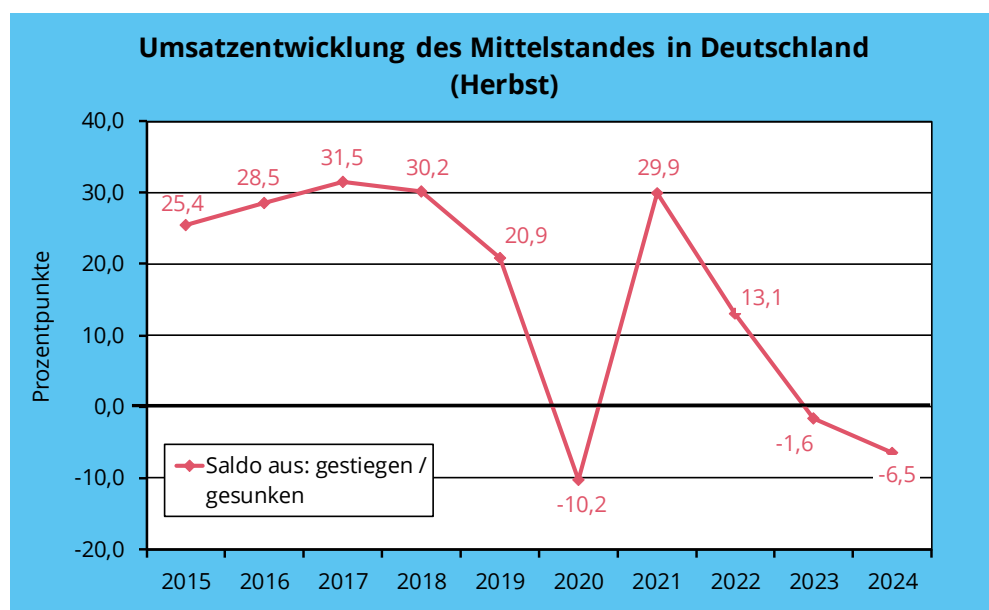
Angesichts sinkender Auftragseingänge ist die rückläufige Umsatzentwicklung wenig überraschend. In den vergangenen Monaten konnten nur 23,4 Prozent der Mittelständler ein Umsatzplus erzielen (Vorjahr: 25,2 Prozent). Fast 30 Prozent der befragten Unternehmen mussten hingegen einen Umsatzrückgang hinnehmen. Damit überwiegt erneut der Anteil der Unternehmen mit gesunkenen Umsätzen.

**Tab. 6: Umsatzentwicklung im Mittelstand**

■	gestiegen	23,4 (25,2)
	stabil	46,2 (47,3)
	gesunken	29,9 (26,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Die folgende Abbildung verdeutlicht die weitere Verschlechterung der konjunkturellen Lage. Der Umsatzindikator ist erneut unter die Nulllinie gefallen und liegt nun bei minus 6,5 Punkten. Sowohl Privats als auch Gewerbekunden des Mittelstandes zeigen sich weiterhin äußerst zurückhaltend in ihren Konsum- und Investitionsentscheidungen. Die rückläufige Umsatzentwicklung spiegelt damit die aktuelle gesamtwirtschaftliche Situation.





Die Umsatzentwicklung hat sich insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe deutlich verschlechtert. Der Anteil der Unternehmen mit Umsatzeinbußen stieg von 31,6 auf 36,9 Prozent. Nur noch 18,0 Prozent der Befragten (Vorjahr: 27,2 Prozent) berichteten für die vergangenen Monate von einem Umsatzplus.

Im Handel nahm der Anteil der Unternehmen mit Umsatzeinbußen zu. 43,4 Prozent der Befragten waren betroffen (Vorjahr: 39,1 Prozent). Lediglich 15,2 Prozent der Unternehmen meldeten hier einen Umsatzanstieg.

Im Baugewerbe hat sich die Umsatzlage ebenfalls verschlechtert. Etwa jeder vierte Befragte (25,1 Prozent) berichtete von rückläufigen Umsätzen (Vorjahr: 20,7 Prozent), während 23,0 Prozent (Vorjahr: 26,6 Prozent) ein Umsatzplus verzeichneten.

Positiv verlief die Umsatzentwicklung im Dienstleistungssektor, wo 30,9 Prozent der Unternehmen von Umsatzsteigerungen berichteten. Dies stellt einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr dar, als nur 27,2 Prozent ein Umsatzplus vermeldeten.

**Tab. 7: Umsatzentwicklung in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	gestiegen	stabil	gesunken
Verarb. Gewerbe	18,0 (27,2)	45,1 (40,0)	36,9 (31,6)
Baugewerbe	23,0 (26,6)	51,9 (52,7)	25,1 (20,7)
Handel	15,2 (18,2)	41,0 (42,3)	43,4 (39,1)
Dienstleistungen	30,9 (27,2)	47,6 (51,1)	20,7 (20,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Schätzen die Mittelständler die Umsatzentwicklung in den kommenden Monaten ebenfalls pessimistisch ein? Die aktuelle Befragung zeigt, dass die Unternehmen weiterhin sehr zurückhaltend hinsichtlich der zukünftigen Geschäftsentwicklung sind. 22,4 Prozent der Befragten rechnen im kommenden Halbjahr mit steigenden Umsätzen – ein Rückgang im Vergleich zum Vorjahr, als 25,0 Prozent optimistisch waren. Der

**Umsatzerwartungen:  
Wachstum in weiter Ferne**

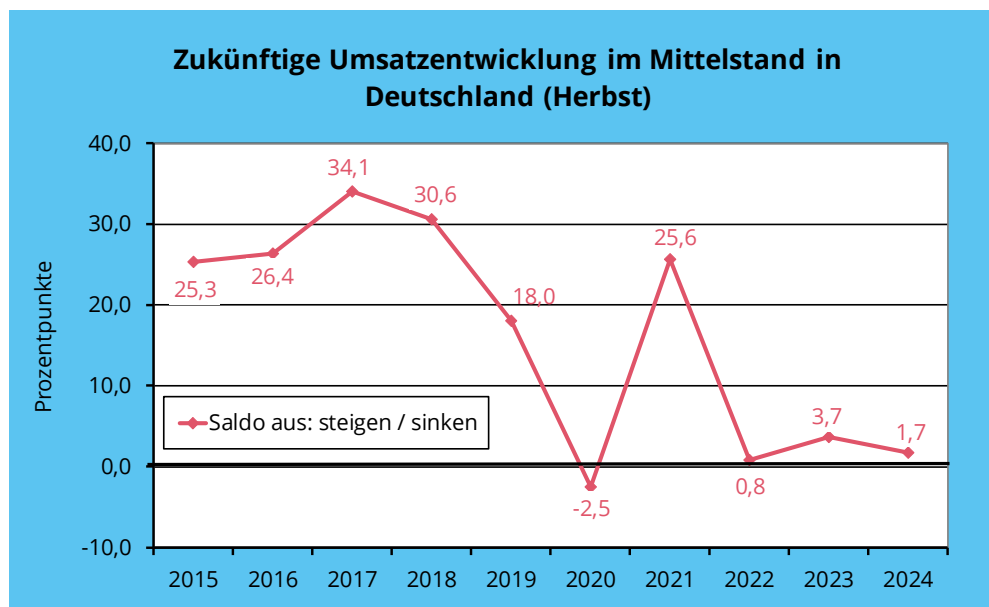
Anteil der Pessimisten, die sinkende Umsätze erwarten, verringerte sich nur leicht von 21,3 auf 20,7 Prozent. Es ist daher zu erwarten, dass sich die Umsätze im Mittelstand zwar stabilisieren, jedoch nur wenig wachsen werden.

**Tab. 8: Umsatzerwartungen im Mittelstand**

■	steigend	22,4 (25,0)
	stabil	55,9 (52,7)
	sinkend	20,7 (21,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Der sehr verhaltene Ausblick der mittelständischen Wirtschaft spiegelt sich auch im Indikator für die zukünftige Umsatzentwicklung. Der Saldo der Umsatzerwartungen liegt mit plus 1,7 Punkten nur knapp über der Nulllinie. In den Unternehmen herrscht nach wie vor große Unsicherheit. Vielen scheint es derzeit unklar, wie unter diesen Rahmenbedingungen ein Umsatzplus erzielt werden kann.



Etwas optimistischer als in den anderen Bereichen sind die Umsatzerwartungen im Dienstleistungssektor. Knapp jeder Dritte (32,5 Prozent) rechnet hier mit einem Umsatzanstieg, was die Stimmungslage im Vergleich zum Vorjahr verbessert.

Im Handel hingegen dominiert der Pessimismus und die Aussichten haben sich weiter verschlechtert. 30,0 Prozent der Befragten erwarten Umsatzrückgänge (Vorjahr: 28,9 Prozent), während nur 14,1 Prozent mit einer Verbesserung rechnen (Vorjahr: 22,1 Prozent).

Ähnlich pessimistisch sind die Erwartungen im Verarbeitenden Gewerbe. Waren im Vorjahr noch 22,8 Prozent der Befragten optimistisch bezüglich einer Umsatzsteigerung, sind es diesmal nur noch 15,6 Prozent. Gleichzeitig erwarten aber 27,5 Prozent der Unternehmen Umsatzrückgänge, was einen deutlichen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr darstellt.

Auch im Baugewerbe haben sich die Aussichten verschlechtert. Der Saldo aus positiven und negativen Umsatzerwartungen bleibt negativ, wobei 23,0 Prozent der Unternehmen mit sinkenden Umsätzen rechnen.

**Tab. 9: Umsatzerwartungen in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	steigend	stabil	sinkend
Verarb. Gewerbe	15,6 (22,8)	56,6 (54,8)	27,5 (21,6)
Baugewerbe	16,6 (18,2)	59,4 (59,6)	23,0 (21,7)
Handel	14,1 (22,1)	55,2 (47,8)	30,0 (28,9)
Dienstleistungen	32,5 (30,1)	54,7 (51,5)	11,4 (17,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

### 2.3 Angebotspreise

Preissteigerungen wurden in den letzten sechs Monaten von den Unternehmen seltener vorgenommen als in den Vorjahren. Da die Inflation nachlässt, berichteten nur noch 30,6 Prozent der Befragten von gestiegenen Verkaufspreisen (Vorjahr: 39,9 Prozent). 10,5 Prozent der Unternehmen haben ihre Angebotspreise zuletzt gesenkt (Vorjahr: 11,5 Prozent).

*Mehrheitlich stabile Preise*

**Tab. 10: Angebotspreise im Mittelstand**

■	gestiegen	30,6 (39,9)
	stabil	57,9 (48,1)
	gesunken	10,5 (11,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Sinkende Angebotspreise werden überdurchschnittlich häufig im Verarbeitenden Gewerbe (13,9 Prozent der Befragten) und im Handel (14,5 Prozent) gemeldet. Preissteigerungen sind vor allem im Dienstleistungssektor (34,6 Prozent) und im Baugewerbe (32,6 Prozent) zu beobachten. Der Anteil der Unternehmen, die zuletzt Preiserhöhungen vorgenommen haben, war im Verarbeitenden Gewerbe mit 18,9 Prozent am geringsten (Vorjahr: 39,2 Prozent). Diese Entwicklung verdeutlicht die aktuell schwierige Lage insbesondere bei Zulieferern und mittelständischen Industriebetrieben, die zu Preisanpassungen zwingt.

**Tab. 11: Angebotspreise in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	gestiegen	stabil	gesunken
Verarb. Gewerbe	18,9 (39,2)	66,4 (47,2)	13,9 (13,6)
Baugewerbe	32,6 (44,8)	57,8 (48,3)	9,6 ( 6,4)
Handel	32,1 (42,7)	52,1 (37,5)	14,5 (19,4)
Dienstleistungen	34,6 (36,9)	57,3 (53,6)	6,9 ( 8,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Der Preisauftrieb dürfte sich in den kommenden Monaten weiter abschwächen. Nur noch knapp 30 Prozent der befragten Unternehmen planen Preiserhöhungen. Die Mehrheit der Mittelständler beabsichtigt, die Angebotspreise in den nächsten Monaten konstant zu halten (61,9 Prozent der Befragten).

**Tab. 12: Erwartete Angebotspreise im Mittelstand**

■	steigend	29,9 (31,7)
	stabil	61,9 (58,6)
	sinkend	6,9 ( 8,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

**Tab. 13: Erwartete Angebotspreise in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	steigend	stabil	sinkend
Verarb. Gewerbe	28,3 (30,8)	63,9 (56,0)	7,8 (12,0)
Baugewerbe	31,0 (29,6)	57,2 (61,6)	11,2 ( 7,4)
Handel	30,0 (26,9)	59,7 (58,5)	9,0 (13,4)
Dienstleistungen	30,1 (35,3)	64,0 (58,8)	3,7 ( 4,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

## 2.4 Personalsituation

Das anhaltende Null-Wachstum in Deutschland hat zunehmend Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Unternehmen bauen Kapazitäten ab und investieren weniger, was sich im Personalbestand der mittelständischen Unternehmen widerspiegelt. 21,2 Prozent der Unternehmen meldeten zuletzt eine gesunkene Mitarbeiterzahl, ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (16,0 Prozent).

Zudem haben weniger Firmen als im Vorjahr das Personal aufgestockt. Nur 15,5 Prozent der Befragten berichteten von einer größeren Belegschaft (Vorjahr: 18,5 Prozent). Damit ist die Beschäftigung im Mittelstand erstmals seit ein paar Jahren wieder zurückgegangen. Ursache hierfür sind auch die demografischen Entwicklungen und der Renteneintritt geburtenstarker Jahrgänge.

*Personalbestand schrumpft*

**Tab. 14: Personalbestand im Mittelstand**

■	aufgestockt	15,5 (18,5)
	unverändert	63,1 (65,4)
	verkleinert	21,2 (16,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Wichtige Gründe für den Personalabbau waren neben der Fachkräfteknappheit (39,8 Prozent der Befragten) auch die schlechte Auftragslage (32,6 Prozent) sowie die Abwanderung von Mitarbeitern entweder zur Konkurrenz oder in andere Wirtschaftsbe-

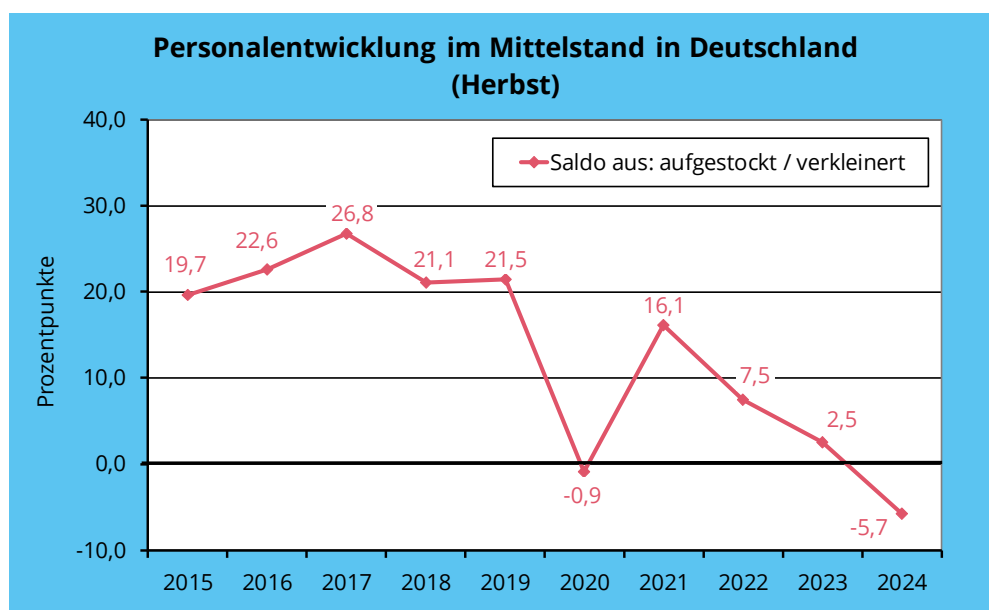
reiche (27,6 Prozent). Umstrukturierungen, beispielsweise im Krisenfall, führten ebenfalls zu verkleinerten Belegschaften (25,7 Prozent der Befragten).

**Tab. 15: Gründe für eine Verkleinerung des Personalbestandes**

■	
kein Ersatz für ausscheidende Mitarbeiter gefunden (z. B. wegen Fachkräftemangel)	39,8
Personalabbau wegen schlechter Auftragslage	32,6
Abwanderung von Mitarbeitern zur Konkurrenz oder in andere Branchen	27,6
bewusste Verkleinerung der Belegschaft (z. B. wegen Umstrukturierungen)	25,7
kurzzeitige Verkleinerung der Belegschaft (z. B. wegen Elternzeit)	8,4
Sonstiges	5,7

Angaben in % der Befragten (Mehrfachnennungen möglich)  
verkleinerter Personalbestand = 100

Die rückläufige Beschäftigung im Mittelstand zeigt sich in der folgenden Abbildung. Per Saldo haben die Unternehmen erstmals seit der Corona-Krise 2020 wieder Personal abgebaut. Im Gegensatz zur damaligen Situation ist jedoch eine schnelle Wiederaufstockung angesichts der derzeit schwachen Konjunktur nicht zu erwarten.



In drei der vier Hauptwirtschaftsbereiche hat sich der Personalbestand aktuell verringert – insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe. 27,9 Prozent der Befragten haben ihre Mitarbeiterzahl hier zuletzt reduziert (Vorjahr: 16,8 Prozent). Auch Personalaufstockungen sind selten geworden (11,5 Prozent).

Das mittelständische Baugewerbe verzeichnete ebenfalls einen Beschäftigungsabbau. Jeder fünfte Befragte (20,3 Prozent) meldete eine Verkleinerung der Belegschaft. Nur 12,8 Prozent der Baubetriebe konnten ihre Beschäftigung erhöhen (Vorjahr: 19,7 Prozent).

Im Handel wurde kaum Personal aufgestockt. Lediglich knapp jeder Zehnte (9,7 Prozent) stellte hier zusätzliches Personal ein (Vorjahr: 13,4 Prozent), während 18,6 Prozent der Befragten einen Personalabbau meldeten.

Im Dienstleistungssektor hingegen wurde bei 21,7 Prozent der Unternehmen Personal aufgestockt, was den höchsten Wert aller Wirtschaftsbereiche darstellt und über dem Vorjahresstand (18,8 Prozent) liegt. Dies deutet darauf hin, dass die Konjunktur im Dienstleistungssektor anzieht. Gleichzeitig waren auch Stellenstreichungen keine Seltenheit (19,9 Prozent der Befragten).

**Tab. 16: Personalbestand in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	aufgestockt	unverändert	verkleinert
Verarb. Gewerbe	11,5 (22,0)	60,7 (61,2)	27,9 (16,8)
Baugewerbe	12,8 (19,7)	66,8 (62,1)	20,3 (17,7)
Handel	9,7 (13,4)	71,0 (66,4)	18,6 (20,2)
Dienstleistungen	21,7 (18,8)	58,5 (68,2)	19,9 (12,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

In den kommenden Monaten könnte der Personalbestand der Unternehmen leicht steigen, würde jedoch nicht die Vorjahreswerte erreichen. 15,2 Prozent der Befragten planen, zusätzliches Personal einzustellen (Vorjahr: 21,7 Prozent). Gleichzeitig werden 11,4 Prozent der Befragten den Personalbestand reduzieren,

*Wie entwickelt sich der Personalbedarf?*

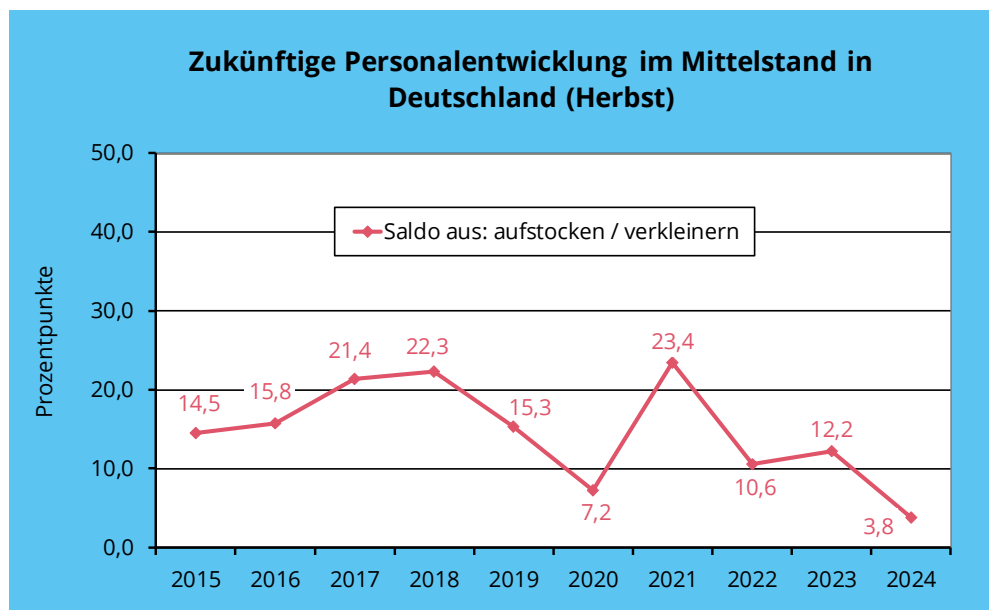
was einen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr darstellt (9,5 Prozent).

**Tab. 17: Zukünftige Entwicklung des Personalbestandes**

■	aufstocken	15,2 (21,7)
	unverändert halten	72,8 (68,1)
	verkleinern	11,4 ( 9,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Die Beschäftigungspläne im Mittelstand verdeutlichen die aktuelle Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Wirtschaftsentwicklung. Der Index für die zukünftige Personalentwicklung liegt zwar noch knapp im Plusbereich, ist jedoch von plus 12,2 auf plus 3,8 Punkte spürbar zurückgefallen. Die Einstellungsbereitschaft ist derzeit so gering wie seit zehn Jahren nicht mehr.



Messbar wachsen dürfte die Beschäftigung in den kommenden Monaten wohl nur in einem Wirtschaftsbereich: dem Dienstleistungssektor. 22,4 Prozent der Befragten berichteten hier von Plänen zur Personalaufstockung, wobei dieser Anteil aber geringer ist als im Vorjahr (25,4 Prozent). Im Baugewerbe planen 14,4 Prozent der Unternehmen eine Personalaufstockung (Vorjahr: 23,6 Prozent). Im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel ist hingegen überwiegend eine Verkleinerung der Belegschaft vorgesehen



(14,3 bzw. 15,9 Prozent der Befragten). Der Anteil der Unternehmen, die Personal abbauen wollen, hat sich gegenüber dem Vorjahr hier sogar erhöht.

**Tab. 18: Zukünftige Entwicklung des Personalbestandes in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	aufstocken	unverändert halten	verkleinern
Verarb. Gewerbe	10,7 (18,4)	74,6 (68,4)	14,3 (12,8)
Baugewerbe	14,4 (23,6)	74,9 (68,5)	10,2 ( 7,4)
Handel	6,9 (15,8)	76,9 (74,3)	15,9 ( 9,1)
Dienstleistungen	22,4 (25,4)	68,9 (64,9)	7,9 ( 8,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Branchen mit einem hohen Personalbedarf in den kommenden Monaten sind das Kredit- und Versicherungswesen, Gesundheitswesen, die unternehmensnahen Dienstleister und der Bereich Elektrotechnik. Den Personalbestand verkleinern werden das Gastgewerbe, der Großhandel und die Textilindustrie.

**Tab. 19: Wirtschaftszweige mit dem höchsten/niedrigsten Personalbedarf**

■	Saldo aus aufstocken und verkleinern
Kredit- und Versicherungsgewerbe	24,0
Gesundheitswesen	22,7
unternehmensnahe Dienstleistungen	22,0
Elektrotechnik	21,1
persönliche/konsumnahe Dienstleistungen	20,0
Gastgewerbe	- 12,9
Großhandel mit Investitionsgütern	- 13,1
Großhandel mit Konsumgütern	- 13,6
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe	- 21,1
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	- 36,8

Angaben in Prozentpunkten

## 2.5 Investitionen

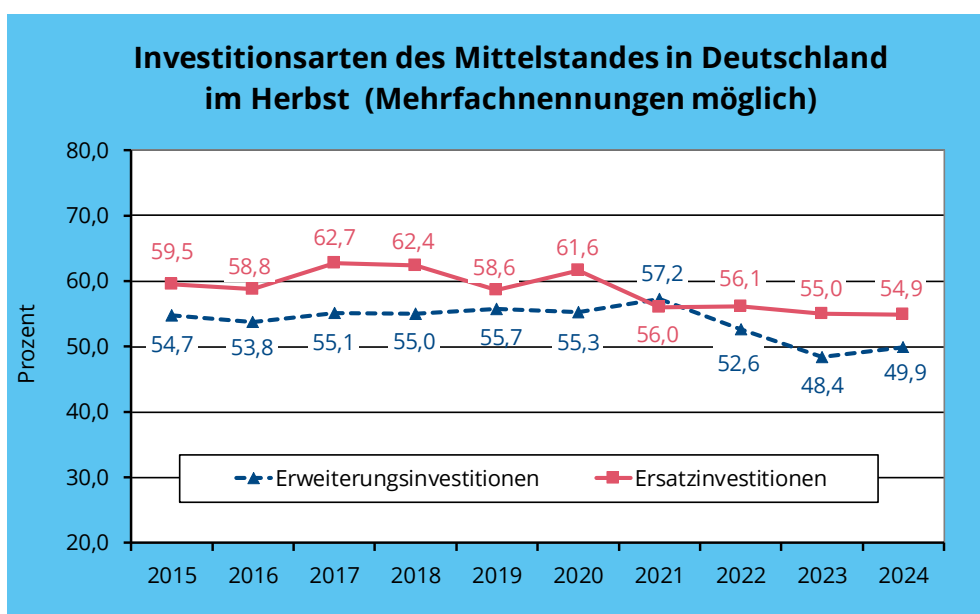
### Investitionsbereitschaft weiter schwach

Die Investitionsneigung im Mittelstand hat sich nach dem starken Einbruch im Vorjahr nur wenig erholt. 40,4 Prozent der Befragten planen im nächsten halben Jahr Investitionsvorhaben (Vorjahr: 38,4 Prozent). Die schlechten Wirtschaftsprognosen und die gestiegenen Zinsen dürften jedoch weiterhin die Investitionsbereitschaft der Unternehmen bremsen. Der Anteil der investitionswilligen Unternehmen bleibt auch in diesem Jahr deutlich unter dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre.

**Tab. 20: Investitionsbereitschaft im Mittelstand in den letzten zehn Jahren**

■	2015	51,0
	2016	51,2
	2017	52,7
	2018	53,1
	2019	51,4
	2020	45,5
	2021	51,6
	2022	46,2
	2023	38,4
	2024	40,4

Angaben in % der Befragten



Die Unternehmen planen derzeit überwiegend Ersatzinvestitionen (54,9 Prozent der Befragten). Knapp jeder zweite Befragte (49,9 Prozent) plant zudem Kapazitätserweiterungen. Im langfristigen Vergleich ist dies ein eher niedriger Wert (siehe auch Abbildung).

**Tab. 21: Art der Investitionen**

■	Erweiterung	49,9 (48,4)
	Rationalisierung	22,9 (26,7)
	Ersatz	54,9 (55,0)

Angaben in % der Befragten (Mehrfachnennungen möglich)  
Investitionswillige = 100, ( ) = Vorjahresangaben

**Tab. 22: Investitionsbereitschaft in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	Verarb. Gewerbe	42,2 (47,6)
	Baugewerbe	36,4 (36,5)
	Handel	35,5 (31,6)
	Dienstleistungen	43,9 (38,1)

Angaben in % der Befragten, ( ) = Vorjahresangaben

Die Investitionsneigung hat sich im Verarbeitenden Gewerbe weiter abgeschwächt, während sie im Handel (auf niedrigem Niveau) und im Dienstleistungssektor leicht gestiegen ist. Das Baugewerbe verzeichnete eine konstante Investitionsbereitschaft. Im Verarbeitenden Gewerbe planen nur noch 42,2 Prozent der Befragten Investitionen (Vorjahr: 47,6 Prozent), was den niedrigsten Wert seit vielen Jahren darstellt.

Die Gründe für nicht durchgeführte Investitionen sind vielfältig. Häufig besteht derzeit keine Notwendigkeit zu investieren (36,8 Prozent der Befragten). Auch die unsicheren Konjunkturaussichten bremsen die Investitionsbereitschaft (30,2 Prozent). Probleme mit der Finanzierung sind ein weiterer Hinderungsgrund: 10,4 Prozent der Befragten berichteten von Liquiditätsengpässen, 8,2 Prozent klagten über hohe Kreditzinsen und 6,0 Prozent nennen schlechtere Finanzierungsbedingungen als Problem.

**Tab. 23: Gründe für ein Scheitern bzw. eine Zurückstellung des Investitionsvorhabens**

keine Notwendigkeit	36,8 (40,9)
unsichere Aussichten	30,2 (26,9)
fehlende Liquidität	10,4 ( 9,6)
steigende Zinsen	8,2 ( 9,9)
strenge Kreditkonditionen	6,0 ( 5,6)
anhaltende Inflation	5,9 ( 5,0)
Sonstiges	2,4 ( 2,1)

Angaben in % der Befragten, ( ) = Frühjahr 2024  
keine Investitionsbereitschaft = 100

### ■ 3 Die Finanzierungssituation des Mittelstandes

#### 3.1 Ertragslage

#### Erträge sinken weiter

Die verschlechterte Stimmungslage im Mittelstand ist auch auf eine katastrophale Ertragslage zurückzuführen. Mehr als jeder dritte Befragte (34,7 Prozent) meldete rückläufige Erträge, was bereits im Vorjahr in ähnlicher Größenordnung der Fall war. Nur 18,6 Prozent der Befragten verzeichneten eine verbesserte Ertragslage.

**Tab. 24: Ertragslage im Mittelstand**

gestiegen	18,6 (17,8)
stabil	45,9 (48,6)
gesunken	34,7 (32,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Die Ertragslage hat sich insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe weiter verschlechtert. 44,7 Prozent der Befragten berichteten hier von Rückgängen (Vorjahr: 36,0 Prozent). Ertragssteigerungen wurden nur selten gemeldet (13,9 Prozent). Auch im Handel überwiegen die Ertragseinbußen deutlich: 42,8 Prozent der Befragten verzeichneten Einbußen, während hier nur jeder Zehnte Zuwächse melden konnte. Im Dienstleistungssektor entwickelten sich die Erträge günstiger als im Vorjahr: 25,6 Prozent der Befragten

berichteten von einem Anstieg – vor einem Jahr waren es noch 21,9 Prozent.

**Tab. 25: Ertragslage in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	gestiegen	stabil	gesunken
Verarb. Gewerbe	13,9 (18,0)	41,4 (45,2)	44,7 (36,0)
Baugewerbe	19,3 (15,3)	48,7 (58,1)	31,0 (26,6)
Handel	10,0 (11,1)	46,6 (45,5)	42,8 (43,1)
Dienstleistungen	25,6 (21,9)	46,7 (48,2)	26,8 (28,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

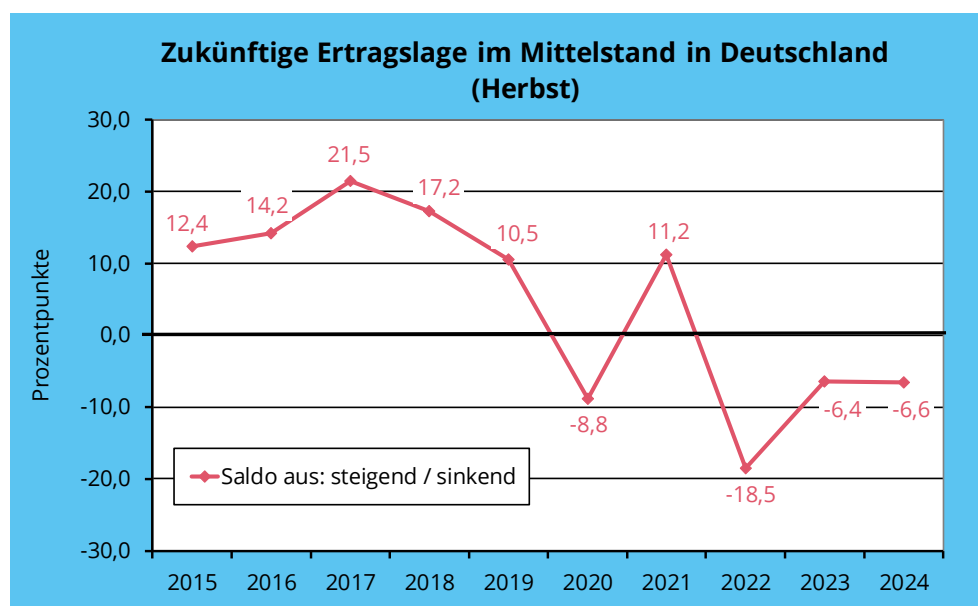
An der angespannten Ertragslage im Mittelstand dürfte sich in den kommenden Monaten wenig ändern. Knapp jeder fünfte Befragte (19,8 Prozent) rechnet mit einem Ertragsanstieg, während 26,4 Prozent der Unternehmen sinkende Erträge erwarten. Diese Werte entsprechen weitgehend den Vorjahreszahlen. Der Saldo der künftigen Ertragslage verbleibt nach dem dritten negativen Wert in Folge im Minusbereich.

### Ertrags Erwartungen im Keller

**Tab. 26: Zukünftige Ertragslage**

■	steigend	19,8 (19,6)
	stabil	53,2 (53,4)
	sinkend	26,4 (26,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben



Die Ertragserwartungen sind in vielen Bereichen pessimistisch. Besonders hoch ist der Anteil der Pessimisten im Handel (39,7 Prozent), gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe (29,9 Prozent). In beiden Wirtschaftssektoren hat dieser Anteil zugenommen.

Im Baugewerbe rechnen 25,7 Prozent der Befragten mit Ertragseinbußen, was im Vergleich zum Vorjahr (29,1 Prozent) einen Rückgang darstellt. Der Anteil der Optimisten, die mit Verbesserungen rechnen, bleibt hier mit 19,3 Prozent weiterhin gering. Deutlich zuversichtlicher zeigt sich das Dienstleistungsgewerbe: Fast 30 Prozent der Befragten erwarten steigende Erträge (Vorjahr: 23,9 Prozent), während 17,5 Prozent der Befragten hier sinkende Erträge befürchten.

**Tab. 27: Ertragserwartungen in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	steigend	stabil	sinkend
Verarb. Gewerbe	11,5 (17,2)	58,2 (54,4)	29,9 (27,6)
Baugewerbe	19,3 (13,8)	52,9 (56,7)	25,7 (29,1)
Handel	9,3 (17,8)	51,0 (47,8)	39,7 (33,2)
Dienstleistungen	29,9 (23,9)	52,2 (54,4)	17,5 (20,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

### 3.2 Eigenkapitalsituation des Mittelstandes

Im Mittelstand zeigen sich insbesondere bei den eigenkapitalschwachen Unternehmen (Eigenkapitalquote unter 10 Prozent) Verbesserungen. Deren Anteil ist mit 26,7 Prozent geringer als im Vorjahr (28,3 Prozent). Zum Teil könnte diese Entwicklung auch mit Marktaustritten zusammenhängen. Der Anteil der eigenkapitalstarken Unternehmen blieb gleichzeitig unter dem Höchststand des vergangenen Jahres. Aktuell melden 35,4 Prozent der Befragten eine Eigenkapitalquote von mehr als 30 Prozent (Vorjahr: 36,7 Prozent). Im Vergleich der letzten zehn Jahre ist dies dennoch ein hoher Wert.

Einige dieser Firmen haben zur Finanzierung laufender Betriebsausgaben möglicherweise Eigenkapital

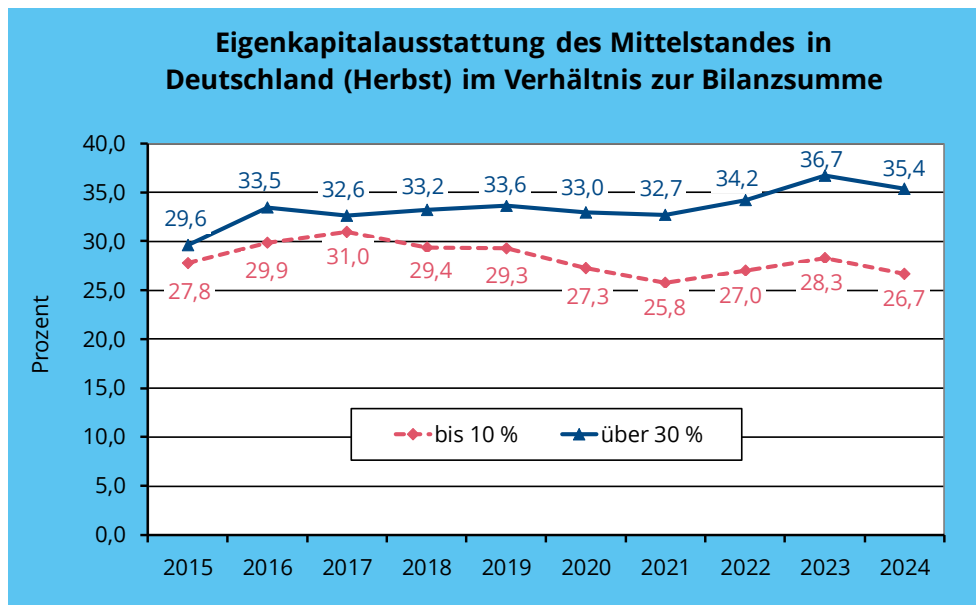
#### *Weniger eigenkapital-schwache Unternehmen*

verwendet, um den Ertragsrückgang infolge der Konjunkturschwäche auszugleichen. Im Vorjahr hatten noch viele Unternehmen ihre erwirtschafteten Gewinne aufgrund fehlender Investitionsmöglichkeiten einbehalten, was damals die Eigenkapitalquote erhöht haben dürfte.

**Tab. 28: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zur Bilanzsumme**

■	bis 10%	26,7 (28,3)
	bis 20%	20,1 (19,6)
	bis 30%	17,9 (15,5)
	über 30%	35,4 (36,7)

Angaben in % der Befragten, ( ) = Vorjahresangaben



Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der durch die Inflationsbekämpfung bedingte Zinsanstieg die Finanzierungsstruktur im Mittelstand bislang nicht völlig aus dem Gleichgewicht gebracht hat. Entscheidend dafür dürfte der bereits in den Vorjahren gesunkene Fremdkapitalanteil gewesen sein. Dies hat die Höhe der Belastungen in Grenzen gehalten. Dennoch bleibt die Situation für einen Teil des Mittelstandes angespannt – insbesondere für Unternehmen, bei denen die Eigenkapitalquote Lücken aufweist oder durch die Rezession verringert wurde. Die steigenden Insolvenzen deuten darauf hin, dass dies keine Seltenheit war.

Wie ist die Situation in den Wirtschaftsbereichen? Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil der eigenkapitalstarken Unternehmen weiterhin im Verarbeitenden Gewerbe (44,7 Prozent). Verbesserungen zeigen sich im Baugewerbe, wo der Anteil auf 29,7 Prozent leicht gestiegen ist. Im Handel hingegen verringerte sich der Anteil der gut kapitalisierten Firmen von 42,2 auf 34,5 Prozent. Eigenkapitalschwäche ist vor allem noch im Dienstleistungsgewerbe (33,7 Prozent der Unternehmen) und im Baugewerbe (28,0 Prozent) ein Thema. Dabei hat dieser Anteil im Dienstleistungssektor zuletzt etwas zugenommen.

**Tab. 29: Eigenkapitalquoten in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	bis 10%	bis 20%	bis 30%	über 30%
Verarb. Gew.	16,5 (20,7)	18,6 (22,0)	20,3 (12,1)	44,7 (45,3)
Baugewerbe	28,0 (35,1)	22,3 (21,3)	20,0 (16,0)	29,7 (27,7)
Handel	22,7 (22,4)	21,2 (15,1)	21,6 (20,3)	34,5 (42,2)
Dienstleist.	33,7 (32,2)	19,3 (19,9)	13,7 (14,6)	33,3 (33,3)

Angaben in % der Befragten, ( ) Vorjahresangaben

### 3.3 Zahlungsverhalten der Kunden des Mittelstandes

Das Zahlungsverhalten der Kunden hat sich zuletzt verschlechtert. Zwar erhält weiterhin die Mehrzahl der Unternehmen innerhalb von 30 Tagen das Geld für eine erbrachte Leistung, allerdings ist dieser Anteil von 92,3 auf 89,0 Prozent zurückgegangen. In allen Wirtschaftsbereichen ist dieser Effekt nachzuweisen. Forderungslaufzeiten zwischen 30 und 60 Tagen treten damit häufiger auf als im Vorjahr. Besonders das Dienstleistungsgewerbe muss länger als drei Monate auf das Geld warten.

#### Längere Forderungslaufzeiten



**Tab. 30: Forderungslaufzeiten in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	bis 30 Tage	bis 60 Tage	bis 90 Tage	über 90 Tage
Verarb. Gew.	87,6 (90,5)	10,9 (7,2)	0,9 (1,2)	0,6 (1,2)
Baugewerbe	87,5 (91,1)	9,7 (5,5)	2,2 (0,9)	0,6 (2,5)
Handel	92,7 (96,1)	6,0 (3,1)	0,9 (0,5)	0,4 (0,3)
Dienstleist.	88,0 (91,7)	8,8 (7,2)	1,9 (0,5)	1,2 (0,5)
Gesamt	89,0 (92,3)	8,7 (6,0)	1,5 (0,7)	0,8 (0,9)

Angaben in % der Befragten, ( ) = Vorjahresangaben

Größere Zahlungsausfälle konnten zwar noch weitgehend vermieden werden, jedoch musste die Mehrheit der Mittelständler Forderungsverluste hinnehmen. So verzeichneten beispielsweise 36,2 Prozent der Befragten Zahlungsausfälle von bis zu 0,1 Prozent des Umsatzes. Bei 17,8 Prozent der Unternehmen summierten sich diese auf bis zu 0,5 Prozent des Jahresumsatzes. Von Zahlungsausfällen verschont blieben lediglich 28,2 Prozent der Befragten.

**Tab. 31: Durchschnittliche Forderungsverluste in Prozent zum Umsatz**

■	bis 0,1	36,2 (34,6)
	bis 0,5	17,8 (13,6)
	bis 1,0	9,0 ( 8,0)
	über 1,0	7,1 ( 7,3)
	keine Verluste	28,2 (34,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

#### ■ 4 Sonderthema: Aktuelle Wirtschaftspolitik

Die mittelständische Wirtschaft benötigt stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen sowie eine Wirtschaftspolitik, die an den Anforderungen und Bedürfnissen der Praxis ausgerichtet ist, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. In dieser Hinsicht hat die Bundesregierung in letzter Zeit aus der Wirtschaft viel Kritik erfahren müssen. So wurden beispielsweise Maßnahmen zur Energiewende (wie

### Schlechtes Zeugnis für die Bundesregierung

das sogenannte Heizungsgesetz), eine unkalkulierbare Förderpolitik sowie die zunehmende Bürokratie kritisiert.

So ist es nicht verwunderlich, dass die überwiegende Mehrheit der befragten Unternehmen (78,5 Prozent) die Politik der Regierung Scholz negativ beurteilt. Insbesondere Wirtschaftsbereiche, die sich aktuell in einer Konjunkturkrise befinden, wie z. B. das Verarbeitende Gewerbe, stellten der Politik ein schlechtes Zeugnis aus. Auch größere Mittelständler mit mehr als 100 Beschäftigten beurteilten die Wirtschaftspolitik der Regierung überdurchschnittlich negativ.

**Tab. 32: Beurteilung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung im letzten halben Jahr**

■	positiv	neutral	negativ
Verarb. Gewerbe	1,2	13,1	84,8
Baugewerbe	1,6	15,0	81,8
Handel	0,3	16,9	81,7
Dienstleistungen	1,6	24,6	72,4
Gesamt	1,2	19,0	78,5

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

### Mittelstand benennt Zukunftsthemen

Die derzeit drängendsten wirtschaftspolitischen Themen sind aus der Sicht des Mittelstandes der Bürokratieabbau (77,6 Prozent der Befragten) sowie der anhaltende Fachkräftemangel (69,2 Prozent). Beide Bereiche sind laut Einschätzung der befragten Unternehmen noch wichtiger geworden. So erfahren die Unternehmen offenbar eine Verschärfung von Regulierungen und zusätzliche bürokratische Hürden, die die betriebliche Entwicklung beeinträchtigen.

Ebenfalls an Bedeutung gewonnen hat die Frage nach den Energiekosten (54,8 Prozent). Offenbar befürchtet die Wirtschaft weitere Kostenbelastungen und sieht die Politik in der Pflicht, gegenzusteuern. An Bedeutung verloren hat hingegen die Inflation. Nur noch für 33,2 Prozent der Befragten ist der allgemeine Preisanstieg ein wichtiges Thema (Frühjahr 2023: 46,8 Prozent).

**Tab. 33: Wichtigste wirtschaftspolitische Themen**

■	
Bürokratieabbau	77,6 (47,2)
Arbeits-/Fachkräftemangel	69,2 (65,6)
Energiekosten	54,8 (46,6)
mangelnde Planungssicherheit	51,3 (k. A.)
Inflation	33,2 (46,8)
Zinsniveau	33,2 (25,8)
Materialkosten	31,9 (k. A.)
mangelhafte digitale Infrastruktur	31,6 ( 7,1)
Sonstiges	1,7 ( 1,2)

Angaben in % der Befragten (Mehrfachnennungen möglich)  
( ) = Frühjahr 2023

Das gestiegene Zinsniveau ist hingegen stärker als im Vorjahr in den Vordergrund gerückt – wohl auch, weil die Verteuerung der Finanzierung mittlerweile bei immer mehr Unternehmen ankommt und die Konjunkturkrise verschärft. Die aus Sicht der Wirtschaft mangelhafte digitale Infrastruktur erweist sich zunehmend als Hemmnis. Gerade in Zeiten der Wachstumsschwäche, wenn die Unternehmen umstrukturieren müssen, könnte sich die mangelhafte Digitalisierung in Deutschland als Bremse erweisen.

## ■ 5 Zusammenfassung

Die deutsche Wirtschaft wird voraussichtlich auch 2024 stagnieren und damit das zweite Jahr in Folge ohne Wachstum bleiben. Besonders im Mittelstand hat sich die Geschäftslage verschlechtert, wie eine Umfrage unter gut 1.200 Unternehmen zeigt. Der Creditreform Geschäftsklimaindex (CGK) sank auf minus 4,8 Punkte – nahe dem Tiefststand der letzten zehn Jahre (2020: minus 5,7 Punkte). Die anhaltend negative Stimmung erinnert an die Situation vor etwa 20 Jahren, als der Index ebenfalls zweimal in Folge im negativen Bereich lag. Die Geschäftserwartungen bleiben gedämpft: Mit einem Wert von lediglich 0,3 Punkten deutet der Erwartungsindex nicht auf eine schnelle wirtschaftliche Erholung hin.

Der Mittelstand verzeichnete in den vergangenen Monaten meist rückläufige Auftragseingänge. Lediglich 18,1 Prozent der Unternehmen meldeten steigende Aufträge, während 32,5 Prozent Rückgänge zu verzeichnen hatten. Besonders stark betroffen waren der Handel und das Verarbeitende Gewerbe, wo fast die Hälfte der Betriebe von sinkenden Aufträgen berichtete. Auch im Baugewerbe ist die Auftragslage angespannt.

Eine kurzfristige Verbesserung der Auftragslage ist nicht in Sicht: Nur 18,7 Prozent der befragten Unternehmen erwarten in den kommenden Monaten steigende Auftragseingänge. Die Mehrheit rechnet mit einer stabilen Lage, während 19,6 Prozent weitere Rückgänge befürchten. Hoffnungsschimmer gibt es im Dienstleistungssektor, während in den anderen Wirtschaftsbereichen weiterhin Pessimismus vorherrscht.

Die rückläufigen Auftragseingänge haben auch zu sinkenden Umsätzen geführt. Nur 23,4 Prozent der Unternehmen konnten in den vergangenen Monaten ein Umsatzplus erzielen und fast 30 Prozent hingegen mussten Verluste hinnehmen. Besonders im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel verschlechterte sich die Lage deutlich, während der Dienstleistungssektor eine positive Entwicklung verzeichnete. Auch die Ertragslage ist im Mittelstand weiterhin unbefriedigend. Über ein Drittel der Unternehmen (34,7 Prozent) meldete sinkende Erträge, nur 18,6 Prozent konnten Verbesserungen erzielen.

Die Umsatzerwartungen für die kommenden Monate bleiben pessimistisch: Lediglich 22,4 Prozent der Unternehmen rechnen mit steigenden Umsätzen, während 20,7 Prozent einen Rückgang erwarten. Der Saldo der Umsatzerwartungen liegt mit 1,7 Punkten nur knapp über der Nulllinie. Allein der Dienstleistungssektor zeigt einen positiven Ausblick.

Aufgrund der sinkenden Inflation haben weniger Unternehmen ihre Preise erhöht. Nur 30,6 Prozent der

befragten Betriebe gaben an, ihre Verkaufspreise gesteigert zu haben (Vorjahr: 39,9 Prozent) – 10,5 Prozent haben die Preise gesenkt. Auch in den kommenden Monaten wird ein weiterer Rückgang des Preisauftriebs erwartet.

Das anhaltende Nullwachstum belastet zunehmend den Arbeitsmarkt. Im Mittelstand ist die Zahl der Beschäftigten rückläufig, da 21,2 Prozent der Unternehmen einen Personalabbau meldeten – deutlich mehr als im Vorjahr (16,0 Prozent). Gleichzeitig stellten weniger Unternehmen neues Personal ein: Nur 15,5 Prozent erhöhten ihre Belegschaft – im Vorjahr waren es noch 18,5 Prozent. Neben der schlechten Auftragslage ist der Fachkräftemangel eine Hauptursache für den Personalabbau.

Die Einstellungsbereitschaft im Mittelstand ist so gering, wie seit zehn Jahren nicht mehr. Nur 15,2 Prozent der Unternehmen planen, neues Personal einzustellen (Vorjahr: 21,7 Prozent). Gleichzeitig geben 11,4 Prozent an, Stellen abbauen zu wollen, was einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr (9,5 Prozent) entspricht.

Die Investitionsbereitschaft hat sich nach einem starken Rückgang im Vorjahr leicht erholt. 40,4 Prozent der Unternehmen planen in der nächsten Zeit Investitionen (Vorjahr: 38,4 Prozent). Dieser Wert liegt jedoch weiterhin unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Negative Wirtschaftsprognosen und steigende Zinsen bremsen die Investitionspläne vor allem im Verarbeitenden Gewerbe.

Die Eigenkapitalsituation hat sich besonders bei Unternehmen mit geringer Eigenkapitalquote verbessert. Deren Anteil sank von 28,3 auf 26,7 Prozent. Der Anteil eigenkapitalstarker Unternehmen (Eigenkapitalquote über 30 Prozent) blieb mit 35,4 Prozent zwar unter dem Vorjahreswert, liegt jedoch im 10-Jahres-Vergleich auf einem hohen Niveau.

Das Zahlungsverhalten der Kunden hat sich zuletzt leicht verschlechtert. Zwar erhalten die meisten Unternehmen weiterhin ihr Geld innerhalb von 30 Tagen, doch der Anteil sank von 92,3 auf 89,0 Prozent. Forderungslaufzeiten zwischen 30 und 60 Tagen wurden häufiger. Größere Zahlungsausfälle konnten bisher weitgehend vermieden werden. Die meisten Unternehmen verzeichneten nur geringe Verluste.

Die mittelständische Wirtschaft beurteilt die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zunehmend kritisch: 78,5 Prozent der aktuell befragten Unternehmen bewerteten diese negativ. Besonders stark ist die Kritik im Verarbeitenden Gewerbe sowie bei größeren Mittelständlern.

Die drängendsten wirtschaftspolitischen Themen für den Mittelstand bleiben der Bürokratieabbau (77,6 Prozent der Befragten) und der Fachkräftemangel (69,2 Prozent). Beide Themen haben an Bedeutung gewonnen. Auch die Energiekosten (54,8 Prozent) rücken stärker in den Fokus, während die Inflation an Relevanz verloren hat. Zudem sehen viele Unternehmen im gestiegenen Zinsniveau und der mangelhaften digitalen Infrastruktur weitere Hindernisse für ihre betriebliche Entwicklung.

## ■ 6 Basis der Untersuchung

Die vorliegende Untersuchung schließt sich der überwiegenden wissenschaftlichen Lehre an, die bei einer Definition des Mittelstandes auf die Mitarbeiterzahl abstellt (nicht mehr als 500 Beschäftigte) und eine Umsatzgröße von nicht mehr als 50 Mio. Euro zulässt. Entscheidend für die Definition kleiner und mittlerer Unternehmen ist darüber hinaus die „Personaleinheit“ von Geschäftsführer und Inhaber. Bei der Selektion der für die Umfrage repräsentativen Unternehmen wurde auf dieses Merkmal geachtet. Weiterhin wurde darauf geachtet, dass keine Tochterunternehmen von Großunternehmen erscheinen.

**Tab. 34: Anzahl der befragten Unternehmen**

■	Verarbeitendes Gewerbe	244
	Baugewerbe	187
	Handel	290
	Dienstleistungen	508
	Gesamt	1.229

Folgende Branchen haben sich an der Umfrage beteiligt:

#### Verarbeitendes Gewerbe

- Chemische Industrie (einschl. Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung)
- Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe
- Eisen- und NE-Metallerzeugung und -verarbeitung, Gießerei und Stahlverformung sowie Stahlbau
- Maschinenbau
- Fahrzeugbau
- Elektrotechnik
- Feinmechanik/Optik
- Herstellung von EBM-Waren, Möbeln, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren
- Holz-, Papier- und Druckgewerbe
- Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe
- Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

#### Baugewerbe

- Bauhauptgewerbe
- Ausbau- und Bauhilfsgewerbe

#### Handel

- Großhandel mit Investitionsgütern
- Großhandel mit Konsumgütern
- Einzelhandel mit Gebrauchsgütern
- Einzelhandel mit Verbrauchsgütern

#### Dienstleistungen

- Verkehr und Nachrichtenübermittlung
- Kredit- und Versicherungsgewerbe

- Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen
- Datenverarbeitung und Datenbanken
- Forschung und Entwicklung
- Gesundheitswesen
- Ingenieur- und Architekturbüros
- Gastgewerbe
- unternehmensnahe Dienstleistungen
- sonstige persönliche und konsumnahe Dienstleistungen

**Tab. 35: Rechtsformen der befragten Unternehmen**

■	Einzelkaufmann	10,5
	OHG	0,5
	KG	1,1
	GmbH & Co. KG	44,9
	GmbH	39,3
	AG	0,7
	Sonstige	3,1

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

**Tab. 36: Sitz des Unternehmens**

■	Baden-Württemberg	12,4
	Bayern	12,9
	Bremen	2,0
	Hamburg	2,6
	Hessen	8,2
	Niedersachsen	9,0
	Nordrhein-Westfalen	22,8
	Rheinland-Pfalz	5,9
	Saarland	2,4
	Schleswig-Holstein	3,1
	Berlin	2,5
	Brandenburg	2,8
	Mecklenburg-Vorpommern	2,4
	Sachsen	4,7
	Sachsen-Anhalt	3,5
	Thüringen	2,8

Angaben in % der Befragten



**Tab. 37: Anzahl der Beschäftigten**

■	1 – 5 Personen	15,9
	6 – 10 Personen	17,1
	11 – 20 Personen	21,7
	21 – 50 Personen	22,8
	51 – 100 Personen	13,1
	101 – 250 Personen	7,6
	mehr als 250 Personen	0,9

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung  
Hammfelddamm 13, D - 41460 Neuss  
Leitung: Patrik-Ludwig Hantzsch  
Telefon: (02131) 109-172  
E-Mail: [p.hantzsch@verband.creditreform.de](mailto:p.hantzsch@verband.creditreform.de)  
Internet: [www.creditreform.de](http://www.creditreform.de)

Alle Rechte vorbehalten

© 2024, Verband der Vereine Creditreform e.V.,  
Hammfelddamm 13, 41460 Neuss

*Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzangaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.*

Neuss, 30. September 2024